

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Proteste gegen Suspendierung des Obersten Richters

Mit der Beurlaubung des Obersten Richters Pakistans, If-tikhar Chaudhry, am 9. März hat sich Präsident Musharraf in die womöglich schwerste Krise seiner achtjährigen Regierungszeit hinein manövriert. Offiziell wird Chaudhry Amtsmissbrauch und Vetternwirtschaft vorgeworfen, aber die meisten neutralen Beobachter halten die Beschuldigungen für vorgeschoben. Sie weisen darauf hin, dass Chaudhry mit mutigen Urteilen, etwa für den Stopp der Privatisierung der *Pakistan Steel Mills* zu viel Unabhängigkeit bewiesen habe. Auch sei sein Einsatz für die Verschwundenen in Pakistan eine Provokation für die Geheimdienste gewesen. Präsident Musharraf plant, sich noch vor der Parlamentswahl im Herbst von den alten Parlamentskammern im Amt bestätigen zu lassen. Musharraf, so die Vermutung vieler Beobachter, will vermeiden, dass eine unabhängige Justiz dieses verfassungsrechtlich umstrittene Prozedere hinterfragt. Chaudhry wurde zunächst de facto unter Hausarrest gestellt. Vor dem *Supreme Judicial Council*, einem Aufsichtsgremium, wurde ein Verfahren gegen ihn eingeleitet, das allerdings häufig vertagt wurde und in das sich nach allerlei juristischen Winkelzügen inzwischen auch das Oberste Gericht selbst eingeschaltet hat. Landesweit demonstrieren Anwälte, aber auch die politische Opposition seitdem beinahe täglich gegen Musharraf. Die Anwälte traten zudem in den Streik. Insbesondere die Anhörungen Chaudhrys wurden von Demonstrationen seiner Anhänger begleitet. Durch zwei Reisen Chaudhrys nach Lahore und Karachi eskalierte der Konflikt weiter, denn es gab dort besonders große Kundgebungen für ihn. In Karachi führte die mit Musharraf verbündete Partei MQM am 12. Mai zeitgleich mit der Pro-Chaudhry-Demonstration eine Gegenveranstaltung durch. Dabei kam es unter den Augen von Polizei und Militär zu stundenlangen Schießereien zwischen beiden Seiten, wobei mindestens vierzig Menschen ums Leben kamen. Am 14. Mai wurde ein enger Vertrauter Chaudhrys in Islamabad ermordet. Auch das Haus eines seiner Anwälte in Karachi wurde beschossen. Mit Chaudhrys Stellvertreter Rana Bhagwan ist zurzeit zum ersten Mal ein Hindu amtierender Oberster Richter der islamischen Republik Pakistan.

Übergriffe gegen die Medien

Im Zuge des Konflikts über den Obersten Richter sind auch Pakistans Medien in die Schusslinie geraten – wobei

das durchaus wörtlich zu nehmen ist: Auf die Zentrale des privaten Fernsehsenders *Aaj TV* in Karachi wurde am 12. Mai geschossen, während er über die Gewalt in der Hafemetropole berichtete. Bereits zu Anfang der Krise war das Büro von *Geo TV* in Islamabad gestürmt und verwüstet worden. Pikanterweise berichteten beide Sender live ausführlich von den Übergriffen. Einschüchterungsversuche der Regierung gegen die Medien veranlassten internationale Menschenrechts- und Journalisten-Organisationen wie *Human Rights Watch*, Reporter ohne Grenzen und das Komitee zum Schutz von Journalisten CPJ zu massiver Kritik an Pakistan. Die Arbeitsbedingungen für Journalisten hätten sich dramatisch verschlechtert.

Kommt Benazir Bhutto zurück?

In mehreren Interviews bestätigte die im Londoner Exil lebende Ex-Premierministerin Benazir Bhutto Kontakte zur Musharraf-Regierung. Auch von Regierungsseite wurden Berichte lanciert, ein Deal zwischen Musharraf und Benazir Bhutto stehe unmittelbar bevor. Die Korruptions-Verfahren gegen Bhutto könnten auf Eis gelegt werden und die in Pakistan immer noch populäre Politikerin werde nach Pakistan zurückkehren, um eventuell sogar unter Musharraf ein hohes Regierungsamt zu übernehmen, hieß es. Andererseits gab es auch – vor allem von Seiten der *Pakistan People's Party* (PPP) Bhuttos – entschiedene Dementis. Mit einem Militärherrscher könne man sich nicht arrangieren. Als Motive, die aus Sicht Musharrafs für eine Einigung mit Bhutto sprechen würden, werden immer wieder die nachlassende Popularität des Präsidenten vor den Wahlen im Herbst und amerikanischer Druck für eine Demokratisierung genannt. Bhutto wiederum könnte versucht sein, das Exil gegen eine neue politische Karriere einzutauschen. Besonders nach den Straßenschlachten in Karachi Mitte Mai erscheint es allerdings wieder unwahrscheinlicher, dass es zu einer Einigung kommt. Dort standen der mit Musharraf verbündeten MQM vor allem die PPP-Kader gegenüber.

Talibanisierung in Islamabad

Mit der zeitweiligen Entführung einer vermeintlichen Bordell-Betreiberin und einer Fatwa gegen die Tourismus-Ministerin hat die radikale „Rote Moschee“ mit den ihr angeschlossenen Madrassen (Jamia Hafsa mit 6 500 Schülerinnen und Jamia Faridia mit 4 500 Schü-

lern) im Zentrum Islamabads für Aufsehen gesorgt. Die Religionsstudenten versuchten auch, „unislamische“ Video- und CD-Läden in den Märkten der Hauptstadt zur Schließung zu bewegen. Die Regierung wies zwar das Urteil gegen die Ministerin Nilofar Bakhtiyar zurück, die sich bei einem Frankreich-Aufenthalt in vermeintlich „obszöner“ Umarmung mit ihrem Paragliding-Trainer hatte fotografieren lassen. Bakhtiyar wurde allerdings Anfang Mai als Leiterin der Frauen-Organisation der Regierungspartei PML-Q abgelöst. Die Regierung setzte auf Verhandlungen mit der „Roten Moschee“ und schreckte davor zurück, die Polizei einzusetzen. Eine Reihe pakistanischer Kommentatoren äußerte derweil den Verdacht, die Kontroverse sei von der Regierung inszeniert, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom Streit um den Obersten Richter abzulenken. So seien die Koranschulen mit Duldung der Regierung auf öffentlichem Grund ohne Baugenehmigung errichtet worden.

Gefechte und Bombenanschläge im Nordwesten

In den an Afghanistan grenzenden Stammesgebieten sowie der Nordwest-Grenzprovinz führen militante islamistische Gruppierungen weiterhin beinahe täglich Angriffe und Anschläge aus. In Südwaziristan soll es nach Angaben der pakistanischen Regierung im März und April Hunderte von Toten bei Kämpfen zwischen ortsansässigen Stämmen und ausländischen, vor allem usbekischen Militanten gegeben haben. Die paschtunischen Stammeskämpfer hätten im Sinne der Abkommen mit der pakistanischen Regierung die ausländischen Kämpfer aus der Region vertreiben wollen. Unabhängige Medienberichte bezweifelten allerdings die hohe Zahl von Toten. Inzwischen kommt es in der Region auch immer häufiger zu Selbstmord-Attentaten, die es zuvor in Pakistan praktisch nicht gab. Der spektakulärste dieser Anschläge galt Pakistans Innenminister Sherpao, der am 28. April in Charsadda in der Nähe der afghanischen Grenze allerdings nur leicht verletzt wurde, wobei mindestens 28 Menschen ums Leben kamen. Am 15. Mai wurden bei einem Selbstmordanschlag auf das Marhaba-Hotel in der historischen Altstadt von Peshawar mindestens 25 Menschen getötet. Ein Bekennerschreiben scheint darauf hinzudeuten, dass die Besitzer des vor allem von Afghanen frequentierten Hotels für ihre „Kollaboration“ mit den pakistanischen Sicherheitskräften bestraft werden sollten. Pakistan hat inzwischen wie geplant den ersten Abschnitt der Grenze zu Afghanistan mit Absperrungen versehen. Afghanistan hatte gegen den Grenz-Zaun protestiert. In diesem Zusammenhang kam es bereits zu ersten Schie-

Bereien an der Grenze, bei denen mindestens 13 Menschen getötet wurden. Präsident Musharraf und sein afghanischer Amtskollege Karzai verpflichteten sich bei einem Treffen in der Türkei erneut zur Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus, bislang steht allerdings der Beweis aus, dass sie es damit ernst meinen.

Hafen in Gwadar eingeweiht

Der mit chinesischer Beteiligung gebaute Tiefsee-Hafen in Gwadar in Belutschistan, westlich von Karachi und nahe der iranischen Grenze gelegen, ist von Präsident Musharraf feierlich eingeweiht worden. Musharraf wies in seiner Ansprache darauf hin, dass das Projekt der Bevölkerung Belutschistans zugute kommen werde. Kritiker bezweifeln das allerdings, sie argumentieren, die meisten Arbeitsplätze in Gwadar würden Ortsfremde bekommen. Seit Jahren gibt es in Belutschistan zum Teil bewaffneten Widerstand regionaler Gruppen gegen die Zentral-Regierung, der sich neben den Erdgas-Pipelines immer wieder auch gegen das Gwadar-Projekt richtete. Pakistan beute die Bodenschätze Belutschistans aus, ohne die lokale Bevölkerung angemessen zu beteiligen.

Mysteriöser Tod des pakistanischen Cricket-Trainers

Der immer noch rätselhafte Tod des Trainers der pakistanischen Cricket-Nationalmannschaft Bob Woolmer beschäftigt weiterhin die Öffentlichkeit. Der 58jährige Woolmer war am 18. März tot in seinem Hotelzimmer in Kingston, Jamaika, gefunden worden. Am Vortag hatte die Cricket-Großmacht Pakistan sensationell ihr Vorrundenspiel im World Cup, der alle vier Jahre stattfindenden Weltmeisterschaft, gegen Irland verloren und war damit vorzeitig aus dem Turnier ausgeschieden. Die lokale Polizei begann umgehend mit Ermittlungen wegen Mordverdacht. Die pakistanischen Spieler wurden tagelang für Vernehmungen festgehalten. Insbesondere wurde vermutet, die Wettmafia habe ihre Finger im Spiel. Woolmer habe möglicherweise Informationen über manipulierte Spiele gehabt und sei deswegen aus dem Weg geräumt worden. Berichten zufolge soll der Autopsie-Bericht des zuständigen Pathologen zu der Feststellung gekommen sein, Woolmer sei erwürgt worden. Hinzugezogene Experten von Scotland Yard hätten allerdings einem Bericht der „Times“ zufolge keine Anzeichen für Mord gefunden, während andere Medienberichte Anfang Mai verbreiteten, Woolmer sei mit Pestiziden vergiftet worden. Die jamaikanischen Behörden beharren dagegen darauf, die Ermittlungen seien noch nicht abgeschlossen.